

01.04.2014 **Recht&Versicherung**

Das Urheberrecht bei Vorträgen

J. Heberer



Medizinische Kongresse oder ähnliche Veranstaltungen zeichnen sich oftmals unter anderem dadurch aus, dass vom Veranstalter gebuchte Referenten Vorträge zu interessanten Themen vor einem öffentlichen Publikum halten. Der Vortrag des Referenten setzt sich dabei grundsätzlich zusammen aus der persönlichen Darbietung des Referenten sowie einer von ihm erstellten Präsentation auf Bild- oder Tonträgern (z. B. PowerPoint-Präsentation). Dem medialen Fortschritt ist es wohl geschuldet, dass es immer öfter dazu kommt, dass die Teilnehmer den Vortrag beispielsweise per Handy aufnehmen bzw. die gezeigten Folien etc. fotografieren. Dies geschieht oftmals ohne vorherige Einwilligung des Referenten. Aus diesem Grund stellt sich die Frage, ob durch die Foto-, Video- und/oder Audioaufnahmen der Teilnehmer von Vorträgen das Urheberrecht des Referenten verletzt wird.

Grundsätzliche urheberrechtliche Regelung

Da in diesem Artikel davon ausgegangen wird, dass der vortragende Referent den Vortrag selbst erstellt hat und somit Urheber des Werks ist, steht ihm gemäß § 15 Abs. 1 Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (UrhG) das ausschließliche Recht zu, sein Werk in körperlicher Form zu verwerten. Dies umfasst insbesondere das Vervielfältigungsrecht (§ 16 UrhG), das Verbreitungsrecht (§ 17 UrhG) und das Ausstellungsrecht (§ 18 UrhG).

Des Weiteren ist es das ausschließliche Recht des Urhebers, sein Werk wiederzugeben gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 UrhG. Hierzu gehört das Vorführungsrecht (§ 19 UrhG), das Recht der öffentlichen Wiedergabe durch Bild- oder Tonträger (§ 21 UrhG).

Da die Wiedergabe nach § 15 Abs. 2 Satz 1 UrhG öffentlich ist, wenn die Wiedergabe für eine Mehrzahl von Personen erfolgt, Absatz 3 Satz 2 gehört jeder zur Öffentlichkeit, der das Werk in unkörperlicher Form wahrnehmbar oder zugänglich ist. Aus Sicht des Verfassers gehören somit die zuhörenden Personen einleitend dargestellt, grundsätzlich zur Öffentlichkeit.

Der Referent als Urheber des Vortrags kann somit grundsätzlich dieser zur Verwertung und/oder Wiedergabe seines Vortrags zustimmen oder nicht. Im Folgenden werden nun die nachfolgenden dargestellt.

§ 16 UrhG Vervielfältigungsrecht

Der Urheber hat das Recht zu bestimmen, ob, in welcher Form (Kopien) seines Werks (= Vortrag) hergestellt werden dürfen. Dies gilt für das Werk auf Vorrichtungen zur wiederholbaren Wiedergabe gemäß § 16 Abs. 2 UrhG. Sowohl dauerhafte als auch vorübergehende Kopien.

Bereits die erste körperliche Festlegung des Werkes (Erstellung des Mitschreibens oder der Mitschnitt eines frei gehaltenen Vortrags) ist nach § 16 UrhG Vervielfältigungsrecht Nr. 10, eines urheberrechtlich geschützten Werkes oder dessen Erstspeicherung (Digitalisierung durch Scannen) oder die Weitergabe, stellt eine Vervielfältigung dar (vgl. Dustmann). Dabei steht stets die Geeignetheit der Festlegung des Werks im Vordergrund. Von einer mittelbaren Wahrnehmbarkeit spricht man, wenn die Festlegung des Werks so erfolgt, dass sie wahrgenommen werden können.

Nach § 16 Abs. 2 UrhG zählt aber auch die Herstellung von Kopien zum Vervielfältigungsrecht. Insbesondere unterfallen alle Formen der Vervielfältigung.

Mit welchem Verfahren Vervielfältigungen vorgenommen werden, ist für das Vervielfältigungsrecht von § 16 UrhG unerheblich. Vervielfältigung umfasst das Vervielfältigungsrecht auch lediglich eine Vervielfältigung zum Vervielfältigungszweck (privat oder gewerblich) vorzunehmen.

Aus Sicht des Verfassers stellen somit beispielsweise die Erstellung des Mitschnitts/die Aufnahme eines Vortrags grundsätzlich das ausschließliche Recht besitzt und diese somit unter dem Vervielfältigungsrecht.

§ 19 UrhG Vortrags- und Vorführur

§ 19 Abs. 1 UrhG schützt das Vortragsrecht des Urhebers, sein Werk öffentlich zu Gehör zu bringen. Das Werk muss in unpersönlicher Form, also nicht durch Bild- oder Tonträger, sondern durch den Vortrag der Urheberin oder des Urhebers das Recht, seinen von ihm verfassten Vortrag vorzutragen.

Hingegen unterfallen die Aufnahme oder die Vervielfältigung von Werken, die dem Vervielfältigungsrecht des § 16 UrhG. vorbehalten sind, nicht dem Vervielfältigungsrecht des § 16 UrhG. Vor

Das Vorführungsrecht gemäß § 19 Abs. 4 UrhG ist das Filmwerk oder Darstellungen wissenschaftlicher oder wahrnehmbar zu machen. Hierunter ist zum Beispiel die Darstellungen zu subsumieren (vgl. Dustmann, a. a. O. 4 werden aber nur die hier abschließend aufgezählten hiervon nicht umfasst. Unterstützt folglich der Referent Präsentation, so können hier unterschiedliche Verwertung auch die Wiedergabe wissenschaftlicher Darstellungen auch das Recht des § 19 Abs. 4 UrhG.

Als technische Einrichtung im Sinne des Absatzes 4 sind
Bilder oder Bildfolgen für den Betrachter wahrnehmbar

§ 21 Recht der Wiedergabe durch E

Gemäß § 21 UrhG ist das Recht der Wiedergabe durch Lautsprecher oder Tonträger öffentlich wahrnehmbar zu machen. Die Voraussetzung hierfür die Vervielfältigung des Werks durch den Urheber ist (vgl. Dustmann, a. a. O., § 21 Nr. 1) nicht erforderlich, wenn das Werk bereits veröffentlicht worden ist und aufgenommen worden sein, Dreyer/Kotthoff/Meckel, Urheberrecht, § 21 Rn. 5, 8, 3.

Damit dieses Wiedergaberecht einschlägig ist, muss es durch Abspielen von einem Bild- oder Tonträger öffentlich auf alle analogen oder digitalen Datenträger jeglicher Art, somit Texte mittels Powerpoint-Präsentation, Dia- oder dessen Einwilligung wiedergegeben, liegt ein Verstoß (§ 17 Abs. 1 S. 1 UrhG, vgl. Dreyer/Kotthoff/Meckel, a. a. O., § 21 Rn. 14).

Die alleinige Möglichkeit der Wahrnehmung reicht wo
hierfür die tatsächlich unmittelbar wahrnehmbare (gg

Schranken des Urheberrechts

Die §§ 44a ff. UrhG unterstellen diese ausschließlichen Schranken.

Zulässig ist die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung des Zitats, sofern die Nutzung in ihrem Umfang durch das Zitat selbständig angeführt werden. Hierbei ist die Erfordernisse einer Quellenangabe zu beachten.

Gemäß § 52 Abs. 1 Satz 1 UrhG ist die öffentliche Wiedergabe, wenn die Wiedergabe keinem Erwerbszweck des Veranlassers und im Falle des Vortrags oder der Aufführung des Werks nicht der Erhält.

Maßgeblich erscheint dem Verfasser für die hier behauptete sein.

Danach sind gemäß Absatz 1 grundsätzlich einzelne Vervielfältigungen zum privaten Gebrauch auf beliebigen Trägern zulässig, wenn sie nicht zur Vervielfältigung einer öffentlichen Vorlage verwendet wird.

Unter Privatgebrauch wird der Gebrauch in der Privatsphäre der eigenen Person oder die mit ihr durch ein persönliches Engagement verbunden. Nordemann in: Fromm/Nordemann, Urheberrecht, § 52 Abs. 1, Rn. 6, 10. Auflage 2008, Verlag W. Kohlhammer. Weder mittelbar noch unmittelbar daneben Erwerbszweck deshalb aus Sicht des Verfassers ausgeschlossen sein.

Eine weitere Einschränkung liegt darin, dass auch zum privaten Gebrauch bei der Anzahl der Kopien, bei denen das Merkmal „einzelne Vervielfältigung“ einheitlich beurteilt. Die Rechtsprechung geht von maximal drei Stück als zulässig erachten (vgl. W. Nordemann, a. a. O.).

Gemäß § 53 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 UrhG ist es beispielsweise zulässig, Kopien herzustellen oder herstellen zu lassen zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch, wenn die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist und sie nicht zu einem anderen Zweck. Der Gebrauch meint eine wissenschaftliche Betätigung, wie sie an einer Hochschule geleistet wird. Ein Arzt, der für eine medizinische Ausbildung wissenschaftlich tätig ist, zählt. Die Kopie ist zu diesem Zweck zulässig, wenn Werkexemplare unzumutbar sein würde (vgl. W. Nordemann, a. a. O.).

Ferner ist nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 4a die Herstellung e Gebrauch, wenn es sich um kleine Teile eines erschiene Rechtsprechung den Fall, dass der Gesamtumfang im \ Abzustellen ist wohl stets auf den jeweiligen Einzelfall Maßstab herangezogen werden (vgl. OLG Karlsruhe, Be § 53 Rn. 28).

§ 53 Abs. 6 Satz 1 UrhG verbietet jedoch sowohl die Ver Vervielfältigungsstücke für alle Fälle der Absätze 1-5.

Die wichtigste Vorschrift für den Referenten stellt in di UrhG festgelegten Vervielfältigungsrecht wiederum ein öffentlichen Vorträgen, von Aufführungen oder Vorfüh Einwilligung des Berechtigten zulässig. Die Rechte des die Einwilligung ausschließlich vom vortragenden Refe

Nach Ansicht des Verfassers gibt § 53 Abs. 7 UrhG den Teilnehmern des Vortrags die Aufnahme oder den Mits

Sonstige Rechte/Rechtsfolgen

Bei Verstoß gegen das Urheberrecht oder ein sonstiges Berechtigte die Beseitigung der Beeinträchtigung sowie Anspruch auf Unterlassung besteht auch dann, wenn € Zudem kann ein Schadensersatzanspruch des Berechti oder fahrlässig vorgenommen wird (§ 97 Abs. 2 UrhG).

Gemäß § 22 Satz 1 Kunsturhebergesetz (KunstUrhG) d oder öffentlich zur Schau gestellt werden. Wird also ein dieses verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt, so gegeben sein. Satz 2 bestimmt aber, dass die Einwilligi er sich abbilden ließ, eine Entlohnung erhielt. Ob der E diese Vermutungswirkung eintritt, wird nach Auffassu immer die Umstände des konkreten Einzelfalls.

Des Weiteren legt § 23 Abs. 1 Nr. 2, Nr. 3 KunstUrhG fest nicht erforderlich ist bei Bildern, auf denen die Person Örtlichkeit erscheinen oder bei Bildern von Versammlu dargestellten Personen teilgenommen haben. Allerdings Verbreitung oder Schaustellung kein berechtigtes Inte einem Verstoß gegen §§ 22, 23 KunstUrhG eine Geldstr die Tat nur auf Antrag verfolgt wird.

Auch zivilrechtlich kämen grundsätzlich ein Beseitigun Beeinträchtigung des Rechts am eigenen Bild analog §

Anspruchsgegner, also derjenige gegen den der Urheberrechtsschutz in Betracht kommt. Nach der ständigen Rechtsprechung des BGH ist der Urheberrechtsschutz stets derjenige, der die Urheberrechte verletzt.

Fraglich ist, ob zudem der Veranstalter als Störer in Anspruch genommen werden kann. Nach der ständigen Rechtsprechung des BGH ist der Veranstalter grundsätzlich nicht haftbar, wenn er die Veranstaltung ordnungsgemäß organisiert und die Teilnahme der Besucher nicht über Gebühr auf Dritte erstreckt werden darf, die die Veranstaltung nicht organisieren. Die Haftung des Veranstalters ist nur dann gegeben, wenn die Veranstaltung in einem solchen Maße durchgeführt wird, dass die Teilnahme der Besucher auf Dritte erstreckt werden darf, die die Veranstaltung nicht organisieren. Dabei kann als Mitwirkung auch die Unterstützung oder Beförderung der Veranstaltung durch Dritte genügen, sofern der in Anspruch Genommene eine gewisse Mitwirkung an der Herbeiführung oder Aufrechterhaltung der Veranstaltung hatte (vgl. BGH, Urteil vom 10.10.1996 – I ZR 100/95). In der vorgenannten Fallkonstellation grundsätzlich in Betracht kommt, dass die Haftung des Veranstalters nicht über Gebühr auf Dritte erstreckt werden darf, die die Veranstaltung nicht organisieren. Die Haftung des Veranstalters ist nur dann gegeben, wenn die Veranstaltung in einem solchen Maße durchgeführt wird, dass die Teilnahme der Besucher auf Dritte erstreckt werden darf, die die Veranstaltung nicht organisieren. Dabei kann als Mitwirkung auch die Unterstützung oder Beförderung der Veranstaltung durch Dritte genügen, sofern der in Anspruch Genommene eine gewisse Mitwirkung an der Herbeiführung oder Aufrechterhaltung der Veranstaltung hatte (vgl. LG Düsseldorf, Urteil vom 16.05.2012 – 23 O 123/12). Zur Verhinderung einer Urheberrechtsverletzung im Vorfeld der Veranstaltung ist das Verbot der Aufnahme bzw. des Fotografierens, muss im konkreten Einzelfall geprüft werden, ob es diesem Zweck dienlich ist. Dieser ihm alles Zumutbare unternommen hat, um Urheberrechtsverletzungen zu verhindern. Nach Meinung des Verfassers ist es deshalb anzunehmen, dass der Veranstalter anwesend ist, zumutbar, die gegen das Urheberrecht verstoßenden Handlungen zu unterbinden. Ob es ihm auch zumutbar ist, einzelne Teilnehmer zu identifizieren, ist im jeweiligen Einzelfall zu prüfen und wohl nur bei sehr großen Veranstaltungen der Veranstalter hingegen nicht vor Ort, so endet aus Sicht des Verfassers hier die eigenständige Verantwortlichkeit des Veranstalters. Unterlassung auffordern muss.

Zusammenfassung

Die Video- oder Audioaufnahme bzw. der Mitschnitt einer Veranstaltung ist nach der Meinung des Verfassers in jedem Falle nur mit Einwilligung der Urheberrechte Inhaber zulässig. Abfotografieren vom Referenten erstellter Folien etc. ist ebenfalls nur in bestimmten Fällen, wie beispielsweise zum Zweck der Dokumentation, zulässig. Ein Bildnis des Referenten darf zudem grundsätzlich nicht ohne dessen Einwilligung gestellt werden.

Folglich können unberechtigte Foto-/Video-/Audioaufnahmen zu Urheberrechtsverletzungen mit entsprechenden negativen Konsequenzen für den Veranstalter und Schadensersatzansprüchen des in seinem Urheberrecht Verletzten führen.

Autor des Artikels



Dr. jur. Jörg Heberer

Justitiar des BDC, Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Medizinrecht

Rechtsanwaltskanzlei Dr. Heberer & Kollegen

[> kontaktieren](#)